Wjatschelaw I. Daschitschew (Moskau)

„Nicht durchhaltbare Mission der sowjetischen Außenpolitik“ - ein Gutachten für Andropow

Dieses Gutachten trug einen auf den ersten Blick zu akademischen, abstrahierenden Titel: „Methodologische Aspekte der Feststellung des Niveaus der Kriegsgefahr“. Es war kaum zu glauben, daß so etwas als Arbeitspapier auf den Tisch eines Generalsekretärs der KPdSU gelegt werden konnte. In Wirklichkeit aber steckte hinter diesem Titel und dem damals üblichen und unumgänglichen Vokabular, das in dem Gutachten aus begreiflichen Gründen auch gebraucht wurde, die Behandlung der brisantesten Fragen der damaligen sowjetischen Aussenpolitik und die Unterbreitung einer ganzen Reihe von Ratschlägen, die Grundlagen dieser Politik radikal zu ändern. Es war im Grunde genommen eine für die damalige Zeit ziemlich freche Ketzerei, die in eine theoretische Form gewickelt war.

Unter Breshnew, der allergisch gegen alle Erneuerungsideen war und einen starken Hang zur Rückkehr in die stalinistische Vergangenheit, bestenfalls zur Konservierung des Bestehenden hatte, konnte man an solche Gutachten nicht denken. Sie wären strafbar gewesen.

Nachdem aber Andropow im November 1982 zum Generalsekretär gewählt worden war, geriet vieles in Bewegung. Als langjähriger Chef des KGB (1967-1982) wußte er besser als andere, daß sich hinter der Breshnewschen Fassade scheinbarer Stabilität Prozesse entwikkelt hatten, die für die damalige sowjetische Gesellschaft zerstörerische Folgen haben konnten. Für ihn war klar, daß die wirtschaftliche und soziale Effizienz des in der Sowjetunion existierenden kommunistischen Systems den modernen Standards der gesellschaftlichen Entwicklung bei weitem nicht entsprach und sich in eine politische Gefahr für die Sowjetmacht verwandeln konnte. Nach diesen Kriterien war die Sowjetunion nicht imstande, mit dem Westen in Wettbewerb zu stehen. Es war offensichtlich, daß die ad absurdum geführte Zentralplanung und der allmächtige bürokratische Apparat eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft lähmten. In der Breshnew-Ära kamen dazu die Zersetzung der Moral, Ethik und Disziplin, die Gefahr der Korruption und der Kriminalität, eine breite Ausweitung des Zynismus, der Schlamperei und der Enttäuschung über die kommunistischen Werte. Die letzten Überreste des kommunistischen Puritanismus und Idealismus gingen in der Stagnationsära unter Breshnew verloren.

Das war das klägliche Erbe, als Andropow an die Macht kam. Seine Tragödie lag darin, daß er als überzeugter Kommunist und zweifellos ehrlicher und kreativer Mensch entschlossen war, die Mißstände und Mängel, die sich in der Gesellschaft angehäuft hatten, zu beseitigen und alles nur Mögliche zur Erneuerung des Systems zu tun. Aber dieses „Mögliche“ war sehr stark begrenzt durch die Herrschaft der extrem konservativen, dogmatischen Gerontokraten im Politbüro, im ZK und in der Regierung, die meist zum Clan Breshnews gehörten. Unter ihnen fanden sich mächtige Gegner der von Andropow begonnenen Kampagne gegen Korruption und Kriminalität. Die einen, wie der frühere Chefideologe, die graue Eminenz Suslow, befürchteten die Unterwanderung des Systems und der Ideologie durch diese Kampagne. Die anderen waren selbst in Korruptions- und Kriminalitätsaffären verwickelt.

Da all diese Volkschöre nicht straff organisiert sind und keine direkt übergeordnete Institution besitzen, unterhalten sie zahlreiche „private" unkontrollierte Verbindungen zu gleichartigen bürgerlichen Vereinen in Westdeutschland. Bezeichnend ist, daß zum 14. Deutschen Sängerbund-Fest in Stuttgart 28 Chöre aus der DDR eingeladen wurden und der westdeutsche Sängerbund zur „Betreuung der Gäste aus der DDR" vom *Kaiser*-Ministerium die finanziellen Mittel erhielt.

Die Männerchöre in Gadebusch, in Plate, in Klüsum[206] und in Mierow[207] (Bez. Schwerin) haben Verbindungen zu dem westdeutschen Kreiskulturverband „Herzogtum Lauenburg". Der Leiter dieses Kreiskulturverbandes ist ein gewisser *Dietz* (früher Berufsoffizier). Jetzt ist er Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein.

In der Zeit vom 10. bis 16. Juni 1957 fand in Hamburg eine Schulmusik-Woche mit Unterstützung der „UNESCO" statt, wozu 200 Einladungen an Teilnehmer aus der DDR geschickt wurden. Als Veranstalter fungierte der Verband Deutscher Schulmusikerzieher, der für die „Betreuung" der Teilnehmer aus der DDR ebenfalls finanzielle Unterstützung vom *Kaiser*-Ministerium erhielt.

Neben der bereits dargelegten direkten Feindtätigkeit gibt es eine Reihe von Erscheinungen, die objektiv ebenfalls den Plänen des Gegners dienen. Sehr häufig ist es nur inkonsequentes Verhalten gegenüber feindlichen Elementen oder Handlungen, teilweise aber auch direkte Begünstigung und Unterstützung. Dies trifft besonders zu für unbegründete Engagements von Westkünstlern, deren Leistung im Verhältnis zu den Aufwendungen oft sehr zweifelhaft sind, die die Auflegung westlicher Literatur minderer Qualität, für die ungerechtfertigten Vergünstigungen gegenüber Schriftstellern, Wissenschaftlern und Komponisten der DDR, die ihre Bücher und Kompositionen bei westdeutschen Verlagen publizieren und für Kaderverschiebungen, bei denen unzuverlässige Elemente in kaum weniger wichtige kultur-politische Einrichtungen vermittelt werden.

Diese in vielfältiger Form auftretenden Methoden sind schwer erkennbar, da es sich bei den handelnden Personen oftmals um Funktionäre handelt, von denen bewußte Handlungen in dieser Richtung am wenigsten angenommen werden können, deren Handlungsweise aber bestimmt objektiv den aufgezeigten Plänen des Gegners entgegenkommt.

206 Dieser Ort ließ sich nicht eruieren und taucht zumindest in den einschlägigen Ortslexika nicht auf.

207 Gemeint ist wahrscheinlich das Dorf Milow im Kreis Perleberg.

Auch Andropows großangelegte Experimente zur Dezentralisierung der Wirtschaftsplanung und -lenkung zur Steigerung der Selbständigkeit und der Erweiterung des Spielraumes der Unternehmen und Belegschaften stießen auf den Widerstand der um ihre Macht bangenden Dogmatiker auf allen Ebenen der Partei- und Staatshierarchie. Diese Experimente bereiteten trotzdem den Boden für die späteren wirtschaftlichen Reformen unter Gorbatschow.

Andropow ragte unter den damaligen Führungspersönlichkeiten an der sowjetischen Machtspitze hervor durch seinen außergewöhnlichen Verstand und Weitblick, durch umfangreiche Kenntnisse und ein tiefes Verständnis für die Realität. Ich konnte mich davon überzeugen, auch dank meiner guten Beziehung zu seiner Familie. Diese entstand aus der Freundschaft unserer Kinder. Ich war sehr angetan von der Anständigkeit, Bescheidenheit und Geistigkeit, die in dieser Familie herrschten. Der Träger dieser menschlichen Eigenschaften war Andropow selbst. Diese Eigenschaften paßten nicht in das höchst politisierte und ideologisierte Prokrustesbett, in dem er leben und wirken mußte. Es schien mir, daß er sich von seinem Posten als KGB-Chefs bedrückt fühlte und innerlich unter der Wirkung der vom Politbüro initiierten repressiven Maßnahmen litt, besonders im Falle Sacharow. Mir fiel auch auf, daß sich seine Angehörigen ebenso gebunden fühlten und eine unaussprechliche Angst vor etwas Unbestimmtem hatten. Andropows Sohn Igor verfaßte damals eine sehr unkonventionelle, interessante Dissertation über den Hitler-Stalin-Pakt, die ich auf seine Bitte hin begutachtete. Er wollte immer über den Rahmen der erlaubten geschichtlich-poltischen Klischees hinaus, aber seine Position als Sohn des Generalsekretärs verpflichtete ihn zur Zurückhaltung. Die Tochter Ira beschäftigte sich mit Musik als Redakteurin einer Moskauer musikwissenschaftlichen Zeitschrift. Der Verkehr mit ihnen war immer menschlich, angenehm und interessant.

Bald nach Andropows Tod äußerten sie unter stengster Geheimhaltung die auch von ihrer Mutter geteilte Ansicht, daß ihr Vater durch falsche medizinische Behandlung zum Opfer seiner Feinde in der sowjetischen Führung geworden sei. Diese schreckliche Nachricht entsetzte mich, obwohl ich schon früher unterschwellig das Gefühl hatte, Andropow spiele mit dem Feuer und die Anhänger von Breshnew könnten möglicherweise alles tun, um ihn loszuwerden und die Macht an sich zu reißen. Während seiner Amtszeit schreckte Andropow nicht einmal davor zurück, die kriminellen Machenschaften der engsten Umgebung von Breshnew, darunter auch seines Schwiegersohns, aufzudecken und publik zu machen. Er trat offen in den Kampf mit mächtigen Leuten im Apparat ein, die in Kremlintrigen und „geheimen Operationen" zur Beseitigung ihrer Rivalen und Gegner sehr erfahren waren. Die damit zusammenhängenden Skandale erschütterten damals die sowjetische Öffentlichkeit.

Bis heute bleibt der Tod von Andropow ein Rätsel der sowjetischen Geschichte. In Gorbatschows Erinnerungen lesen wir über die damaligen Beisetzungsfeierlichkeiten: „[...] Trauer und Tränen, Würdigung und Achtung auf der einen Seite, unverhohlene Freude, sogar Triumph auf der anderen. Einige Sekretäre des ZK waren guter Laune und suchten ihr Hochgefühl nicht einmal zu verbergen - ganz als ob sie es eilig hatten, vor aller Welt zu demonstrieren: Eure Zeit ist abgelaufen. Zyniker am Sarg."[1] Im Hinblick darauf ist es auffallend, daß alle Vorhaben Andopows zur Gesundung des Partei- und Regierungsapparats und der ganzen Gesellschaft, besonders die Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung, unter seinem

1 Michail Gorbatschow. Erinnerungen, Berlin 1995, S. 239.

Nachfolger Tschernenko rasch gestoppt wurden. Wiederum kehrte die dunkle Ära von Breshnew über das Land zurück, in einer wohl noch schlimmeren Version.

Mit dem „Phänomen Andropow" war ein tiefer und unlösbarer Gewissenskonflikt verbunden zwischen der Erkenntnis der Notwendigkeit der Erneuerung und Stärkung des Systems, um es vor dem Zerfall zu bewahren, einerseits, und dem Verständnis, daß dieses Vorhaben nicht verwirklicht werden könnte, andererseits. Die Ursachen dieses Konfliktes lagen nicht nur in einem starken Widerstand der konservativen Kräfte, sondern auch darin, daß Andropow sich selbst in die kommunistische Vergangenheit stark verstrickt fühlte. Die damalige sowjetische Gesellschaft und die Parteibasis sehnten sich nach Erneuerung. Sie waren längst für einen Wandel reif. Das konnte Andropow nicht verkennen und deshalb mit der Unterstützung „von unten" rechnen. Doch war er sich darüber im Klaren, daß dieser Wandel nur „von oben" kommen konnte. Die Parteiführung war jedoch zu diesem Wandel nicht bereit, obwohl es um die Stärkung der Stützen ihrer Macht ging. In der jahrhundertealten Geschichte Rußlands war seine politische Elite - egal welcher Art: Bojaren, Gutsbesitzer, Staatsbürokratie oder kommunistische Funktionäre hohen Ranges - in ihrer Masse immer reformfeindlich. In ihrem Eigennutz und ihrer Machtverblendung bremsten sie Reformansätze, störten Reformen, wenn sie begonnen wurden, und ließen sie gewöhnlich auf halbem Wege steckenbleiben. Infolgedessen nahm die gesellschaftliche Entwicklung dieses riesigen Landes fast immer einen mißgestalteten Charakter an. Zum Opfer von Reformen und Habsucht der Eliten wurde immer das Volk. Das war ein ewiges, schicksalhaftes Paradox der russischen Wirlichkeit.

Zum Opfer dieser Eigenart der Entwicklung Rußlands wurde auch Andropow. Eine treffende Bilanz seiner Tätigkeit zog Gorbatschow: „Was er tat, wurde als Beginn allgemeiner und tiefer Veränderungen aufgefaßt. Deshalb muß man in diesem Zusammenhang eine entscheidende Frage stellen: Wäre Andropow weiter gegangen, hätte er grundlegende Neuerungen in die Wege geleitet, wenn ihn nicht ein früher Tod ereilt hätte? Meines Erachtens nicht... Er blieb immer ein Mann seiner Zeit und konnte den Rahmen der Ideen und Werte, mit denen er aufgewachsen war, nicht sprengen."[2]

Dennoch hatte die äußerst kurze Amtszeit Andropows als Generalsekretär eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes. Er weckte in der Gesellschaft große Erwartungen und Hoffnungen auf Reformen und die Umgestaltung des marode gewordenen sowjetischen Systems und der Politik seiner Träger. Diese Hoffnungen haben damals auch mich ergriffen.

Anfang 1982 wurde ich angewiesen, für Andropow ein Arbeitspapier über grundsätzliche Fragen der Beziehungen der Sowjetunion mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, des Westens und der Dritten Welt zu verfassen. Zu dieser Zeit war ich mit diesem Thema weitgehend vertraut. Die Einsicht fiel nicht schwer, wie schädlich der außenpolitische Kurs der Parteispitze für die nationalen Interessen des Landes und für die Außenwelt gewesen war. Damals leitete ich schon zehn Jahre lang die Abteilung für außenpoltische Probleme am Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften und konnte beobachten, wie in der „Staatsküche" der „außenpolitische Brei" gerührt wurde. Die Versuche des Instituts, in zahlreichen Denkschriften, Gutachten und Arbeitspapieren an Breshnew, Gromyko und andere führende Persönlichkeiten vorsichtig, ihrem eingeengten

2 Ebd.

Verständnis entsprechend, klarzumachen, daß der seit Stalin eingeschlagene außenpolitische Kurs irreal und verderblich war, führten zu keinen Ergebnissen. Die Vorbereitung dieser Denkschriften und Arbeitspapiere war eine eigentümliche „Kunst des Möglichen" seitens der Berater der Führung auf allen Ebenen der Politikplanung. Nur wenige Wagemutige konnten sich entschließen, die Grenze des „Erlaubten" zu überschreiten und der Obrigkeit ihre Meinung offen und unumwunden zu sagen. Für manche endete das mit der Vertreibung aus den Führungsorganen, beispielsweise für Alexander Bowin, dem Leiter einer Beratergruppe im ZK unter Breshnew. Er war einer der klügsten Berater und behauptete furchtlos seine zahlreichen unkonventionellen Ideen, bis er aus dem ZK geworfen und als Kolumnist zur Zeitung „Iswestija" versetzt wurde. 1990-1997 war er dann Botschafter Rußlands in Israel.

Ich wußte, daß Andropow unvergleichlich toleranter als Breshnew gegenüber neuen, für das „kommunistische Verständnis" ungewöhnlichen Ideen war und sie sogar forderte. Das veranlaßte mich, in meinem Gutachten alles zu sagen, was ich damals über die sowjetische Außenpolitik dachte - natürlich in einer passenden Form. Das war keine leichte Aufgabe. Aber es mußte getan werden angesichts der außenpolitischen und wirtschaftlichen Sackgasse, in die die Sowjetunion an der Wende der siebziger zu den achtziger Jahren immer tiefer lief.

Die Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen in Europa und der daraus resultierende Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, der die Stationierung von Pershing 1 und 2 und von Cruise Missiles in der Reichweite von Moskau verordnete, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan, die Versuche des Kremls, den sowjetischen Einfluß in der Dritten Welt zu erweitern - all das brachte, abgesehen von anderen abenteuerlichen Dummheiten der sowjetischen Führung, die Entspannungspolitik zum Scheitern und verschärfte die politische und militärische Ost-West-Konfrontation. Die Welt konnte in eine Vorkriegskrise versinken. Nur die Bedrohung der gegenseitigen Vernichtung hielt die Gegner vor einem offenen Konflikt ab. Das rief bei den Eingeweihten tiefe Besorgnis hervor.

Mich haben die gefährlichen und verantwortungslosen Schritte unter Breshnews Führung auch schockiert. In einem für das ZK bestimmten Arbeitspapier meines Instituts vom 22. April 1982 schrieb ich unter dem Titel „Zur Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes der Ost-West-Beziehungen": *„Der Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 hat nicht nur die Gefahr der Destabilisierung der ganzen militär-strategischen Lage in Europa und auf globaler Ebene heraufbeschworen, sondern auch die Bewegung in Richtung einer politischen Vorkriegskrise unmittelbar eingeleitet. Er kann sich als ein eigenartiger Ausgangspunkt dieser Krise erweisen, und zwar aus folgendem Grund. Die Amerikaner, indem sie den genannten Beschluß faßten, waren sich im klaren, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa für die Sowjetunion genausowenig akzeptabel ist, wie die Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba 1961/62 für die USA. Diese Raketen können in 5-6 Minuten nach dem Start nicht nur politische und militärische Führungszentren und wirtschaftliche Objekte vernichten, sondern auch interkontinentale landgestützte Raketen auf dem europäischen Territorium der UdSSR. Berücksichtigt man die weiteren Pläne der NATO, die Zahl dieser Raketen in Westeuropa von 572 bis auf einige Tausend und deren Reichweite bis zu 4000 km zu erhöhen, so ergibt sich daraus, daß die Verwirklichung des NATO-Beschlusses die langjährigen Bemühungen der Sowjetunion, die strategische Parität gegenüber den USA zu erzielen, zunichte macht. Denn in diesem Fall wird Washington*

imstande sein, den bedeutenden Teil der sowjetischen Zweitschlagkapazität zu vernichten und unser Land unter der ständigen Bedrohung eines nuklearen Krieges in politischer Erpressung zu halten. Es ist vollkommen klar, daß unsere Mittelstreckenraketen, die auf dem Territorium der Sowjetunion stationiert sind, ähnliche Funktionen nicht erfüllen können.

So wurde unser Land in eine unerträgliche Lage versetzt, die, wenn es nicht gelingt, Kompromisse zu erzielen, zu einer neuen Variante der Kuba-Krise führen kann. Es ist kennzeichnend, daß sich frühere USA-Administrationen der Idee enthielten, die genannten Raketen in Westeuropa zu stationieren, weil sie Verständnis dafür hatten, daß ein solcher Schritt die reale Gefahr eines globalen nuklearen Krieges schaffen würde. Vor kurzem hat sich Henry Kissinger in diesem Sinne geäußert und vorgeschlagen, sich mit seegestützten Raketen dieses Typs zu begnügen.“[3]

Die Binsenweisheit lautet: Wenn Politiker den ersten Schritt machen, müssen sie an den letzten denken. Die sowjetische Führung hat diese Regel meistens ignoriert, auch im Falle der Stationierung der SS-20-Raketen. Wie konnte man aus dieser peinlichen Lage herauskommen? In dem Gutachten wurde darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Sowjetunion wäre, den vom Westen initiierten Vorschlag der Null-Lösung in vollem Umfang zu akzeptieren, d.h. die Mittelstreckenraketen den Arsenalen der Sowjetunion und der NATO-Länder zu entziehen. Diese Initiative sollte die sowjetische Führung noch 1976/78 unterbreiten. Sie versäumte, dies zu tun und stürzte Europa in eine gefährliche sicherheitspolitische Krise. Als Verlierer erwies sich vor allem die Sowjetunion selbst.

Unter diesen für das Land äußerst ungünstigen Verhältnissen war es der Gipfel der außenpolitischen Dummheit und Verantwortungslosigkeit, die Invasion in Afghanistan zu beginnen. Dieser zweite unheilvolle Beschluß wurde in einer engen Gruppe von Politbüromitgliedern (Breshnew, Chefideologe Suslow, Außenminister Gromyko, Verteidigungsminister Ustinow und KGB-Chef Andropov) getroffen und trotz der Einwände des damaligen Chefs des Generalstabes Ogarkow und seines Vize Achromejew durchgesetzt. War dieser Beschluß ein Produkt des krankhaften Verstandes? Oder des Unwissens und der Unkenntnis der eigenen Möglichkeiten, der sozialen und geschichtlichen Besonderheiten Afghanistans, der unabwendbaren negativen Reaktion des Westens und der islamischen Welt? Oder war das eine böse, heimtückische Absicht, die Entspannung zu vereiteln, die in sich viele Gefahren für die geschlossene Gesellschaft der Sowjetunion und für die Herrschaft der Parteioligarchie barg? Das letzte Wort darüber war noch nicht gesprochen.

Meine Einschätzung der für die Sowjetunion verderblichen Folgen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan habe ich in dem für das ZK bestimmten Gutachten „Einige Gedanken über die außenpolitische Bilanz der siebziger Jahre“ dargelegt. Das Gutachten wurde am 20. Januar 1980 fertiggestellt, also fünf Tage nach dem bekannten Appell Sacharows an die Weltöffentlichkeit, in dem er die sowjetische Intervention in Afghanistan scharf verurteilte. Für diesen Appell wurde Sacharow nach Nishni Nowgorod (damals Gorki) verbannt.

In dem Gutachten hieß es: „Durch den Einmarsch der Truppen in Afghanistan überschritt unsere Politik zweifelsohne die zulässigen Grenzen der Ost-West-Konfrontation in der Dritten Welt. Die Vorteile dieses Unternehmens sind nichtig im Vergleich zu den Nachteilen: 1.) Der UdSSR enstand - zusätzlich zu Spannungsfeldern in Europa gegen die NATO und in

3 Aus meinem persönlichen Archiv

Ostasien gegen China - eine gefährliche dritte Front an der Südflanke des Landes unter ungünstigen geographischen und sozialpolitischen Verhältnissen. Hier werden wir es zu tun haben mit vereinten Ressourcen der USA, der NATO, Chinas sowie islamischen Ländern und der aufständischen Armee der afghanischen feudal-klerikalen Kräfte, die das afghanische Volk unter stärkstem Druck halten. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg stehen wir vor der Perspektive eines möglichen lokalen Militärkonfliktes, in dem wir - im Unterschied zum koreanischen, vietnamesischen und anderen - mit eigenen Truppen kämpfen müssen. Im Zusammenhang damit nimmt die Bedrohung einer militärischen Eskalation zu. 2.) Es kam zu einer wesentlichen Erweiterung und Konsolidierung der antisowjetischen Staatenfront, die von West nach Ost die UdSSR umgibt. 3.) Der Einfluß der UdSSR auf die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, besonders auf die islamische Welt, hat entscheidend gelitten. 4.) Die Entspannung ist blockiert und die politischen Voraussetzungen für eine Rüstungsbegrenzung sind nicht mehr vorhanden. 5.) Der wirtschaftliche und technologische Druck auf die Sowjetunion ist jäh gestiegen. 6.) Die westliche und die chinesische Propaganda erhielten starke Trümpfe zur Erweiterung der Kampagne gegen die Sowjetunion zwecks Untergrabung ihres Prestiges in der Öffentlichkeit des Westens, der Dritten Welt sowie der sozialistischen Länder. 7.) Die afghanischen Ereignisse machten, wie die in Kambodscha, für lange Zeit die Voraussetzungen für eine mögliche Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zunichte. 8.) Diese Ereignisse können ein Katalysator zur Überwindung der Krise in den Beziehungen zwischen dem Iran und den USA und für deren Aussöhnung sein. 9.) Das Mißtrauen in die sowjetische Politik und Jugoslawiens, Chinas und Rumäniens Distanzierung nahmen zu. Sogar in den Massenmedien Ungarns und Polens traten erstmals offen Anzeichen der Zurückhaltung im Zusammenhang mit den Handlungen der Sowjetunion in Afghanistan zutage. Darin drückten sich die Stimmung der Öffentlichkeit und die Befürchtungen der Führung dieser Länder aus, in die globalen Handlungen der Sowjetunion hineingezogen zu werden, woran unsere Partner wegen der Knappheit ihrer Ressourcen nicht teinehmen können. 10.) Die Differenzierungspolitik der Westmächte verstärkte sich. Sie gingen zu der neuen Taktik über, aktiv in die Beziehungen der Sowjetunion zu sozialistischen Ländern einzugreifen und auf Gegensätze und unterschiedliche Interessen zwischen ihnen zu setzen. 11.) Der Sowjetunion wurde eine neue wirtschaftliche Last aufgebürdet. Die Eskalation der Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten sowie China in der Dritten Welt gefährdete gegen Ende der siebziger Jahre die wichtigsten Ergebnisse der Entspannungspolitik. Das weitere Anwachsen unserer militärpolitischen Offensive in der Dritten Welt wird der Westen mit einem immer stärkeren Abgleiten zum „kalten" oder zum „halbheißen" Krieg und mit einer Verstärkung des Drucks auf die Sowjetunion in allen Bereichen beantworten - im politischen, wirtschaftlichen, militär-strategischen und propagandistisch-psychologischen. Zu einer allmählichen Rückkehr zur Entspannungspolitik könnte die Einstellung unserer militärischen Aktivitäten in der Dritten Welt beitragen, allerdings nur, wenn sich die Krisensituationen nicht auf andere Regionen, insbesondere auf Osteuropa, ausweiten."[4]

Die letzte Bemerkung war besonders wichtig im Hinblick auf die gesellschaftlichen Gärungsprozesse, die vor allem Polen erfaßten und sich auf andere Länder Osteuropas auszu-

4 Auszüge aus diesem Gutachten wurden später, zu Zeiten Gorbatschows, veröffentlicht in: Literaturnaja Gazeta v. 16.3.1989; Moskowskije Nowosti v. 23.7.1989; Tages-Anzeiger v. 4.4.1989.

weiten drohten. Statt die Kräfte und Aktivitäten auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und geistig-psychologischen Lage in diesen Ländern und in der Sowjetunion selbst zu konzentrieren, beschäftigte sich die Breshnew-Führung mit außenpolitischen Abenteuern, die die Situation im eigenen „Hinterland" noch mehr verschlechterten.

Es gab also keine Gewähr für die Vernunft der Kremlherrscher. Sie waren unberechenbar; von ihnen konnte man auch andere Dummheiten auf Staatsebene erwarten. Das war besonders gefährlich, wenn es um Krieg und Frieden ging. Deswegen spitzte ich die Analyse dieser Probleme zu, um die verantwortlichen Politiker auf die auf uns lauernden Gefahren aufmerksam zu machen. Im zitierten Gutachten „Zur Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes der Ost-West-Beziehungen" mußte ich feststellen: „Die Situation nähert sich nach vielen Kriterien dem Zustand einer Vorkriegskrise". Zu den markantesten Zügen einer solchen Krise zählte das Gutachten nach den Erfahrungen von zwei Weltkriegen:

- die äußerste Zuspitzung der politischen Spannung zwischen den rivalisierenden Seiten;
- die Gefahr einer jähen Destabilisierung der militärstrategischen Lage (des Gleichgewichts) durch eine der Seiten;
- die Eskalation des „Nervenkrieges", eines massierten Druckes auf eine der Seiten;
- das Vorhandensein des Willens und der Bereitschaft einer der Seiten, den Krieg zu entfesseln oder mit Krieg zu drohen;
- die Durchführung der Mobilisierung und des strategischen Aufmarsches der Streitkräfte.

Alle diese Merkmale waren - außer dem letzten Punkt, der an Bedeutung im Atomzeitalter verloren hatte - dem damaligen Zustand der Ost-West-Beziehungen eigen. Die Reagan-Administration drohte mehrmals, extreme Mittel der Politik anzuwenden, wenn die Sowjetunion auch weiterhin bestrebt sein würde, die globale politische und militärische Kräftekonstellation zu ihren Gunsten zu ändern.

Der Ernst der Lage veranlaßte mich, in meinem Gutachten für Andropow die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik ohne Umschweife einer scharfen Kritik zu unterziehen, sie wahrheitsgetreu als überholt und als den Begebenheiten der Epoche und den nationalen Interessen der Sowjetunion zuwiderlaufend darzustellen. Die ersten beiden Versionen des Gutachtens wurden als untauglich von Andropows Apparat abgewiesen. Erst die unten dokumentierte dritte Version vom 10. Januar 1983 wurde angenommen. Wie sie eingeschätzt und ob sie genutzt wurde, darüber bekam ich keinen Bescheid. Ein indirektes Indiz dafür, daß sie doch eine Rolle spielte, war die Rede Andropows auf dem Plenum des ZK im Juni 1982, in der er eine der Grundideen aller drei Versionen des Gutachtens zum Ausdruck brachte: Den Leitsatz, demgemäß der ganze Sinn der Tätigkeit der kommunistischen Weltbewegung unter den Verhältnissen der über der Menschheit schwebenden Gefahr des nuklearen Krieges neu bewertet werden müsse. Das konnte man als Auftakt zum Verzicht auf die verderbliche und gefährliche These vom Klassenkampf in der internationalen Arena aufnehmen. Erst unter Gorbatschow wurde dieser Verzicht in die Praxis umgesetzt.

Im Gutachten versuchte ich, die „Gesetzmäßigkeit" und den „Mechanismus" der Entstehung und Entwicklung der globalen Konfrontation, die zu zwei „heißen" und einem „kalten" Weltkrieg geführt hatte, anhand der geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu begründen und somit den ideologischen Messianismus und den daraus resultierenden Expansionismus der Sowjetunion als die eigentliche Ursache der Herausbildung der antisowjeti-

schen Weltkoalition, der die UdSSR unvermeidbar erliegen mußte, darzustellen. Ich nannte diese Gesetzmäßigkeit „reflektierende Rückwirkung", die sich jedesmal in Gang setzt, wenn eine Groß- oder Supermacht ihre globale oder regionale Herrschaft zu errichten und ihre Werte anderen aufzuzwingen sucht. Ich glaube, diese Gesetzmäßigkeit bewahrt ihre Bedeutung auch gegenwärtig.

Im Mittelpunkt meiner Überlegungen standen Probleme der Herausführung der Sowjetunion aus dem Zustand der unnötigen und gefährlichen Konfrontation mit dem Westen, die die besten Kräfte des Landes verschlang und die Lösung wichtigerer Aufgaben der Binnenentwicklung unmöglich machte. Es ging letztlich um die Einstellung des Kalten Krieges. Diese geschichtliche Aufgabe konnte aus meiner Sicht nur durch eine radikale Umbewertung der ideologischen Grundlagen der damaligen sowjetischen Außenpolitik bewältigt werden, vor allem durch den Verzicht auf die Austragung des „Klassenkampfes" in der internationalen Arena und die messianistische Rolle der Sowjetunion als „Führungskraft" der „kommunistischen und nationalen Befreiungsbewegung" - Rechtfertigung für die sowjetische Expansion. Stattdessen befürwortete das Gutachten sinngemäß das Recht jedes einzelnen Volkes, seinen Weg der Entwicklung selbständig zu wählen. Das mußte zu einer bedeutenden Umwälzung führen - zur Verwerfung der „Breshnew-Doktrin" und zur Herstellung partnerschaftlicher, gleichberechtigter Beziehungen mit den sozialistischen Ländern Osteuropas und anderer Regionen ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten und ohne Dominanz. Nur das konnte die Intensität der „reflektierenden Rückwirkung" der Westmächte vermindern und schwächen sowie die Voraussetzungen schaffen für einen Ausgleich der politischen Interessen mit dem Westen, für eine reale Abrüstung, den Abbau der Kriegsgefahr und die Überwindung des Kalten Krieges.

Um dies zu bewerkstelligen, mußte das stalinistische Götzenbild von seinem außenpolitischen Sockel gestürzt werden. Mit dem Gutachten wurde einer der ersten Schritte in diese Richtung getan. Erst während der Perestroika unter Gorbatschow kam der radikale außenpolitische Umbruch zustande. Aber selbst dann, nach 1985, bedurfte es einiger Jahre, daß sich dieser Ideenwandel allmählich vollziehen konnte. Um ein Beispiel anzuführen: Im März 1988 verfaßte ich einen Vortrag „Über politische Voraussetzungen der Abrüstung und der Verhinderung der Kriegsgefahr". Der Vortrag wiederholte in Grundzügen die Ideen des Gutachtens für Andropow. Im April des selben Jahres wurde er im wissenschaftlichen Beirat meines Instituts besprochen und gebilligt. Daraufhin beschloß ich, ihn zu veröffentlichen und wandte mich an die damals „tapferste" Wochenzeitung „Moskowskije nowosti" (englische Ausgabe: „Moscow news"). Die Redaktion verweigerte die Publikation - so ungewöhnlich und heikel schienen ihr die Ideen des Aufsatzes. Lediglich „Literaturnaja gazeta" willigte ein, ihn am 18. Mai 1988 in einer stark gekürzten und abgeänderten Form zu bringen. Aber selbst in dieser Form erregte er großes Aufsehen, besonders im Ausland.[5] Die Schaffensqualen waren nicht vergebens gewesen.

5 Vgl. Moskaus Hegemonialstreben gefährdete den Frieden. Historiker übt vernichtende Ktitik an der sowjetischen Außenpolitik, in: Bonner Generalanzeiger v. 24.5.1988; Außenpolitik des Kreml verurteilt. Sowjetischer Historiker spricht von friedensgefährdendem Großmachtstreben, in: Süddeutsche Zeitung v. 24.5.1988; Die Ent-Gromykoisierung, in: Ebd. v. 25.5.1988; Entspannung zur Aufrüstung genutzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.5.1988; Vor Gromyko ein Scherbenhaufen, in: Ebd. v. 26.5.1988; Das Geständnis, in: Die Welt v. 24.5.1998; Offene Worte über alte Fehler, in: Kölner Stadt-Anzeiger v.

Dokument

Methodologische Aspekte der Feststellung des Niveaus der Kriegsgefahr - einige Gedanken und Schlußfolgerungen

In den achtziger Jahren ist die Gefahr eines Krieges zusehends gewachsen. Ist diese Gefahr den anderen ähnlich, die schon früher vorhanden waren, aber nicht zum Krieg führten? Oder ist die Gefahr eines dritten Weltkrieges zur Zeit viel realer geworden? Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, sich die Ursachen und den „Mechanismus" der Entstehung der Weltkriege klarzumachen. Wenn sie einen allgemein gültigen Charakter haben, so kann man erhoffen, eine Methodologie zur Lösung solcher Fragen wie die der Entstehung von Kriegen und mögliche Maßnahmen zu deren Verhinderung auszuarbeiten. Das kann dazu verhelfen, die gegenwärtige Größenordnung der die Menscheit bedrohenden Kriegsgefahr zu ermessen.

Bevor an die Lösung dieser Aufgabe herangetreten wird, müssen grundsätzlich wichtige qualitative Besonderheiten der Weltkriege verdeutlicht werden. Sie können wie folgt formuliert werden:

1. Die Enstehung der Weltkriege als eines internationalen Phänomens ist auf die Herausbildung eines zusammenhängenden Systems der interationalen Beziehungen zurückzuführen, das immer neue Staaten - Mitglieder der Weltgemeinschaft - in ihren Lauf einbezieht und - je weiter, desto stärker - den Grad ihrer Zusammengehörigkeit, der komplizierten Wechselwirkung ihrer nationalstaatlichen Interessen und der Verflochtenheit ihrer gegenseitigen Sicherheit erhöht. „Die Menschen" - so Lenin - „leben in einem Staat, und jeder Staat lebt in einem System von Staaten, die sich im Zustand eines bestimmten politischen Gleichgewichts befinden."[6] Die Zerstörung dieses Gleichgewichts führte zu internationalen Krisen, die in Weltkriege mündeten, in die die Großmächte und die in ihrem Fahrwasser folgenden Länder wie in einer Kettenreaktion hineingezogen wurden. Deshalb ist die *Selbsterweiterung* einer der Wesenszüge der Weltkriege.

2. Eindrucksvolle Erfolge eines Agressors zu Beginn des Krieges hatten nie entscheidende Bedeutung, und der Krieg endete letztlich mit der Niederlage des Angreifers. Das lag daran, daß die regierende Elite einer Großmacht, die den Weltkrieg zur der Erweiterung ihrer Hegemonialmacht entfesselte, jedesmal den Hauptgrundsatz und die primäre Maxime der Außenpolitik verletzte: die gestellten Aufgaben und Ziele müssen den inneren und den internationalen Möglichkeiten ihrer Realisierung strikt entsprechen. Es kam aber zu einem Paradox: Dieses Prinzip, das seiner Bedeutung nach zu einem Axiom wurde, erkannten mit Lippenbekenntnissen zwar alle an, ignorierten es aber in der Realität, was zu schwersten Niederlagen führte.

3. Von Krieg zu Krieg wuchsen deren Maßstäbe, die Zerstörungskraft ihrer Kampfmittel und die Zahl ihrer Opfer. Die letzten Leistungen des menschlichen Genies im Bereich der nuklearen, Raketen-, Elektro-, Laser- und anderer Arten der Technik gaben dem Weltkrieg einen apokalyptischen Charakter und stellten die menschliche Zivilisation vor die Gefahr der Selbstvernichtung.

4. Als Ursachen der Kriege treten besondere, durch gewöhnliche politische Mittel unlösbare Gegensätze auf. Die beiden letzten Weltkriege entstanden infolge der Austragung der Gegensätze innerhalb des kapitalistischen Systems. Nach 1945 verlief die Wasserscheide zwischen den Ländern des Kapitalismus und des Sozialismus, und jetzt bedroht der Krieg die Menschheit zum dritten Mal infolge der äußersten Zuspitzung dieser Gegensätze auf der Weltbühne.

9.6.1988; Moskau braucht nicht gleichzuziehen, in: die tageszeitung v. 9.6.1988; Was auch immer getan wurde, wird als unfehlbar hingestellt, in: Osteuropa-Archiv, November 1988; Eine neue Konzeption für die sowjetische Außenpolitik?, in: Bulletin des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und internationale Studien 6/1998.

6 W.I. Lenin: Gesammelte Werke. Bd. 42, S. 59 (Hier und weiter russische Ausgabe)

5. Kein Weltkrieg brach unerwartet aus. Alle sahen und verstanden, daß er kommen würde. Versuche wurden unternommen, ihn zu verhindern. Doch kein einziges Mal gelang dies.

All das zeugt davon, daß ein Weltkrieg als Folge eines bestimmten Prozesses entsteht. Dessen Wesen wurde noch nicht endgültig verstanden; deshalb konnte er nicht verhindert und nicht aufgehalten werden. Versuchen wir, diesen Prozeß mit Hilfe einer Systemanalyse zu klären.

Gesetzt, eine Großmacht wäre bestrebt, sich heftig zu verstärken und die Sphäre ihrer hegemonialen Herrschaft zu erweitern. Welche Folgen hätte das für die Weltgemeinschaft? Schwache Länder unterwürfen sich nolens volens der Dominanz dieser Großmacht. Sie würde immer stärker und brächte größere Länder unter ihre Herrschaft, bis sich die ganze Welt in ein Superstaat verwandelte oder in eine politische Ordnung unter der Hegemonie dieser Supermacht. Aber bisher ist dies niemals geschehen. Das liegt daran, daß es im System der Weltgemeinschaft das Gesetz einer „reflektierenden Rückwirkung" gibt, das sich gegen die Verstärkung der Großmacht und gegen die Erweiterung ihrer Herrschaft in Gang setzt, sobald diese Herrschaft die Grenzen überschreitet und beginnt, die Interessen anderer Staaten, besonders der Großmächte, zu bedrohen.

Die Ingangsetzung der „reflektierenden Rückwirkung" hatte die Vereinigung mächtigerer Staaten in „Gegenkoalitionen" gegen den potentiell oder real stärksten Staat zur Folge. Die Intensität der „Rückwirkung" wird gemessen durch ihre Hinlänglichkeit oder ihren Überschuß, d.h. daß das Wachstum einer expansionistischen Großmacht zu einer bestimmten Zeit entweder kompensiert oder durch die Schaffung eines Übergewichts entscheidend geschwächt wird. In der Praxis wird letztere Variante realisiert, mit einer wachsenden Wucht als Resultat des Eintritts neuer Staaten in die „Gegenkoalition" und der maximalen Mobilisierung ihrer materiellen, geistigen und menschlichen Ressourcen.

Der erste Staatenblock bildet sich also durch einen gewaltsamen, nicht-gewaltsamen oder sogar freiwilligen Anschluß der Schwächeren an den Starken, der zweite Block durch die Vereinigung hauptsächlich der Schwachen gegen den Starken. Das hat sich in der Zusammensetzung der Militärbündnisse in den Weltkriegen zur Genüge manifestiert.

Dabei fallen interessante Merkmale auf: Erstens wird die „Gegenkoalition" vor allem durch die Angst vor dem gemeinsamen Feind zusammengehalten; zweitens kann die expansionistische Macht den Krieg sichtlich nicht gewinnen - jeder Erfolg ruft eine übermäßige Verstärkung der „Gegenkoalition" hervor. Tatsächlich traten die USA in den Ersten wie in den Zweiten Weltkrieg gerade im Momemt der größten Schwächung der „Gegenkoalition" ein - im April 1917 und im Dezember 1941. So weitet sich der Weltkrieg immer mehr aus, je größer die Erfolge des Aggressors werden.

Die Intensität der „Rückwirkung" kann durch eine Reihe von Faktoren geschwächt werden. Wenn beispielsweise die Stärke des Aggressors seine Gegner sich zusammenschließen läßt, so bewirkt seine Schwäche Schwankungen im Lager der „Gegenkoalition". Das bestätigt z.B. die Haltung der USA und Englands am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Schwierigkeiten bei der Schaffung und den Aktivitäten der „Gegenkoalition" können im Ergebnis der Austragung der Gegensätze unter ihren tatsächlichen oder potentiellen Mitgliedern aufkommen. So erlaubten es scharfe Gegensätze zwischen der UdSSR und den Westmächten nicht, die Entente rechtzeitig, in den Jahren 1938/39, wieder herzustellen und ein System der kollektiven Sicherheit gegen die Naziaggression aufzubauen. Das kostete die UdSSR, Frankreich und England viele Opfer und Verluste. Doch früher oder später muß die „reflektierende Rückwirkung" unausweichlich zustandekommen.

Im Laufe der Zeit wird die „Gegenkoalition" dermaßen stark, daß die ihr widerstehende Macht und das von ihr geführte Bündnis nicht imstande sind, dem militärischen und wirtschaftlichen Zweikampf standzuhalten. Folglich birgt jeder Expansionismus und Hegemonismus in sich den Keim seiner eigenen Niederlage. Davon zeugt die Erfahrung aller Weltkriege.[7]

7 Gemeint ist hier auch der Kalte Krieg.

Hier wurde der Versuch unternommen, die Anwendbarkeit der Systemanalyse, zumindest als Forschungsmethode, auf die Suche nach dem Mechanismus der Entstehung und der Entwicklung der Weltkriege zu zeigen. Wenden wir jetzt diese Methode zur Analyse der Nachkriegsentwicklung an.

Nach dem Ende des Weltkriegs wird der „Angreifer" zu einer zweitrangigen Macht. Er ist nicht gefährlich. Die „Gegenkoalition" erreichte ihr Ziel. Unter ihren Teilnehmern selbst findet sich aber unvermeidbar der Stärkste, der sich außerordentlich verstärkte, den Nimbus eines Siegers erwarb, seine Einflußsphäre erweiterte und nicht weniger gefährlich als der frühere „Angreifer" wurde. Die „Gegenkoalition", die gegen den ursprünglichen Feind gerichtet war, zerfällt. An ihre Stelle tritt eine neue Kombination der Großmächte oder eine neue „Gegenkoalition", die jetzt gegen den früheren Verbündeten gerichtet ist, als er den Weg der Erweiterung seiner Herrschaftssphäre beschreitet. Der ganze Prozeß wiederholt sich mit einer neuen Zusammensetzung der Beteiligten. Der Krieg kann aber nicht sofort begonnen werden, weil die Kräfte der Sieger etwa gleich sind. Außerdem ist es psychologisch schwer, einen Krieg gegen den einstigen Verbündeten zu entfesseln. Dafür ist eine ziemlich lange Vorbereitung des Volkes und des ganzen Landes notwendig. Unerläßlich ist auch die Erweiterung und die Konsolidierung der „Gegenkoalition".

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Europa eine qualitativ neue internationale Situation, die durch die Neugestaltung der traditionellen Kräftekonstellation und des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent gekennzeichnet war. Das war das Ergebnis der Oktoberrevolution in Rußland und der Schaffung des Sowjetstaates mit einer Gesellschaftsordnung, die ein Antipode zum Kapitalismus war. Vom Standpunkt unserer Forschung aus gesehen ist es wichtig hervorzuheben, daß dieses Ereignis weitreichende internationale Konsequenzen hatte, indem die alten zwischenimperialistischen Gegensätze durch die schärfsten Widersprüche zwischen dem Sowjetstaat und den kapitalistischen Großmächten ergänzt wurden. Diesen Gegensätzen lagen klassensoziale und ideologische Faktoren zugrunde. Das prägte den Charakter der „reflektierenden Rückwirkung" und die Gestaltung des europäischen Kräftegleichgewichts stark.

Die Niederlagen Deutschlands und Österreich-Ungarns, die Revolution, der Bürgerkrieg und die Nachkriegszerrüttung in Rußland hatten zur Folge, daß Frankreich und England die dominierende Rolle in den europäischen Angelegenheiten zu spielen begannen. Sie diktierten den Völkern Europas den unglücklichen Frieden von Versailles, der in sich von vornherein den Keim eines künftigen Weltkriegs trug. Das Streben jeder dieser Großmächte, die hegemoniale Stellung in Europa einzunehmen, wurde durch die „reflektierende Rückwirkung" lahmgelegt. Das geschah verhältnismäßig leicht, denn erstens wurden ihre Ansprüche gegenseitig ausgeglichen, zweitens waren ihre Kräfte der von ihnen beanspruchte Rolle nicht adäquat. Für die Sowjetunion schienen damals England und Frankreich als die Großmächte, von denen die größte Gefahr für die sozialistische Ordnung ausging. Deshalb waren die Gegensätze zwischen ihnen besonders scharf. Sie wurden selbst dann überschätzt, als die größte Gefahr vom deutschen Faschismus auszugehen begann. Durch das Ausspielen des Gegensätze zwischen den Staaten der früheren „Gegenkoalition" gelang es Deutschland, seine frühere Militärmacht wieder herzustellen und mit Expansionsplänen aufzutreten, die viel weitreichender waren, als zu Kaisers Zeiten. Dadurch rief es unausweichlich wieder eine „Gegenkoalition" ins Leben, die auf einer viel größeren, globaleren Basis beruhte. Das führte zu einer zerschmetternden Niederlage Nazi-Deutschands.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die „reflektierende Rückwirkung" viel komplizierter und intensiver. Sie entwickelte sich unter dem Zeichen des Zweikampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus unter den qualitativ geänderten Bedingungen der nuklearen Ära und der technologischen Revolution. Dazu kam der Einfluß solcher Faktoren von globaler Bedeutung, wie die Ausweitung des Sozialismus über den Rahmen eines Landes und die Entstehung der sozialistischen Länder in Osteuropa, im Fernen Osten, in Südostasien und in anderen Regionen, der Zerfall des kolonialen Imperiums des Westens sowie ein nie dagewesener Aufschwung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen.

Im unmittelbaren Ergebnis des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer starken Schwächung der kapitalistischen Hauptmächte, außer den USA, die aus dem Krieg gestärkt hervorgingen. Deutschland und Japan wurden zerschlagen und schieden aus dem Kreis der Großmächte aus. England und Frankreich wurden zu zweitrangigen Mächten. Andere Länder West- und Osteuropas befanden sich in einer wackligen Lage der

wirtschaftlichen Zerrütung und der sozialen Gärung, hervorgerufen durch die Diskreditierung des Kapitalismus und einen riesigen Zuwachs der antifaschistischen und demokratischen Stimmung. Andererseits wurde die Lage der sozialistischen Großmacht - der Sowjetunion - gestärkt. Ihre Militärkraft, ihre moralische und politische Autorität stiegen auf eine nie dagewesene Höhe empor.

Unter den neuen Bedingungen schien es die richtige Handlungsweise zu sein, die gewachsene Macht der Sowjetunion, besonders ihre Militärstärke, für die Ausweitung des Sozialismus und für die Erkämpfung der Positionen des Kapitalismus auszunutzen. Gerade dieser Weg wurde gewählt. Historisch konnte man das verstehen und als sinnvoll ansehen. Aber dadurch wurde *das Schwergewicht des Klassenkampfes auf die zwischenstaatlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Westmächten* mit den USA an der Spitze gelegt. Das hat den weiteren Verlauf der internationalen Hauptprozesse in der Weltarena prädestiniert und zu den Konsequenzen geführt, die in den ersten Nachkriegsjahren schwer vorauszusehen waren. Insbesondere bezieht sich das auf die Gefahr eines nuklearen Krieges.

Als Folge der beispiellosen Verstärkung der Sowjetunion und ihres Übergangs zu einer Offensive gegen die Weltpositionen des Kapitalismus wurde eine „reflektierende Rückwirkung" in Gang gesetzt. Früher oder später mußte sie die Mehrheit der Großmächte der Welt gegen die Sowjetunion zusammenschließen. Schon am Ende des Krieges gab es Symptome des Zerfalls der „Gegenkoalition". Aus Angst, daß das in Zentral- und Osteuropa entstandene Vakuum von der Sowjetunion ausgefüllt wird, begannen die Westmächte mit der Schaffung einer neuen, jetzt schon antisowjetischen Koalition, die auch einen Teil des besiegten Deutschland einschloß. Es dauerte nur vier Jahre, um diese Koalition - die NATO - ins Leben zu rufen. Sie ließ sich durch die Strategie der „Eindämmung", dann des „Zurückwerfens", der „nuklearen Abschreckung", der „flexiblen Antwort" usw. leiten.

In den ersten Nachkriegsjahren erkannte man nicht oder nur sehr wenig die Realität eines gefährlichen Zusammenschlusses des Westens gegen die UdSSR. Das selbe passierte den regierenden Kreisen Deutschlands vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, als sie nicht erkannten, daß sie mit ihren Handlungen eine „Gegenkoalition" zusammenzimmerten. Bei uns war auch eine Unterschätzung der zwischenimperialistischen Gegensätze spürbar.

Die Sowjetunion übernahm eine außenordentlich schwere wirtschaftliche und politische Bürde des Kampfes mit den Hauptkräften des Westens, indem sie sich in Theorie und Praxis mit der Rolle der führenden Kraft, mit dem Bollwerk des sozialistischen Lagers, wie man es damals nannte, identifizierte. Die Nachkriegsstruktur der internationalen Beziehungen nahm in 10-15 Jahren bipolaren Charakter an. Es genügte, auf diesem Weg den ersten Schritt zu tun, um von der Logik des Kampfes zu weiteren Schritten gezwungen und immer weiter in Ungewißheit getrieben zu werden. Diese Logik wirkt auch gegenwärtig, bei der neuen Generation von Staatsmännern, mit unerbittlicher Kraft als Schwungrad der Auseinandersetzung, das im Laufe der Jahren immer stärker gedreht wurde, weshalb es außerordenlich schwer zu verlangsamen oder gar aufzuhalten ist.

Der Gang der Ereignisse demonstrierte auch die Grundlosigkeit der Annahmen, daß alle Länder, die den Weg der sozialistischen Entwicklung beschritten, die führende Rolle der Sowjetunion anerkennen würden und daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern auf einer Grundlage aufgebaut werden könnten, die auf internationaler Ebene dem innerparteilichen Prinzip des „demokratischen Zentalismus" ähnlich wäre. Es stellte sich heraus, daß die hegemoniale Rolle - unter welcher Losung auch immer - eine Gegenwirkung sowohl von kapitalistischen, als auch - in nicht kleinerem Maße - von sozialistischen Ländern hervorruft. In den ersten Nachkriegsjahren fiel die Vorstellung schwer, daß eine Reihe von sozialistischen Ländern in Opposition zur Sowjetunion träten. In der Folgezeit wurden es Jugoslawien, China, Albanien, in gewisser Form auch Nordkorea und Rumänien. Noch unwahrscheinlicher schien es, daß das sozialistische China mit der „Gegenkoalition" gegen die UdSSR zusammenwirken würde.

Die „reflektierende Rückwirkung" kann sich also unabhängig von der sozialen Natur der Subjekte der internationalen Beziehungen offenbaren und zur Bildung einer sozial-politisch gemischten Form der „Gegenkoalition" führen. Die ersten Symptome dieses Phänomens kamen bald nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland zutage, als Frankreich, England und die USA der Sowjetregierung ihre Hilfe vorschlugen,

wenn diese bereit wäre, den Krieg auf Seiten der Entente fortzusetzen. Im Zweiten Weltkrieg entstand, allerdings mit großer Verspätung, die „Gegenkoalition" von Ländern, die unterschiedlichen sozialen Systemen angehörten. Diese Besonderheit der „Rückwirkung" blieb auch in der Nachkriegsperiode bestehen.

Für eine richtige Bewertung des Charakters und der Intensität der „Rückwirkung" ist es sehr wichtig, sich im klaren zu sein, wie die Gegenseite die Politik der UdSSR und ihre Ziele auf der internationalen Bühne auffaßt. Dabei muß natürlich der Klassencharakter dieser Wahrnehmung berücksichtigt werden. In den Augen der westlichen Politiker erscheint die Sowjetunion als eine gefährliche Großmacht, deren Führung konsequent und zielstrebig das messianistische Ziel der Liquidierung des Kapitalismus und der Herstellung der kommunistischen Ordnung in der ganzen Welt, hauptsächlich mit Militärgewalt, anstrebt und ständig ihre Expansion entfaltet und ihre Einflußsphäre erweitert. Zur Verdeutlichung werden im Westen folgende Argumente angeführt:

1. 1939-1940 hat sich die Sowjetunion Lettland, Litauen und Estland, die Westukraine und Westweißrußland, Bessarabien und einen Teil von Finnland einverleibt;

2. 1945-1950 hat sie ihre Herrschaft über die Länder Ost- und teilweise Zentraleuropas hergestellt und die Transkarpatenukraine und einen Teil der japanischen Inseln angeschlossen.

3. In den sechziger Jahren unternahm sie die ersten Versuche, ihren Einfluß auf den Nahen Osten, Südostasien und andere Regionen (Ägypten, Indonesien u.a.) auszuweiten.

4. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ging sie über den Rahmen der schon geschaffenen Einflußsphären hinaus, indem sie eine „aktive Invasion" in den Nahen Osten, nach Afrika, nach Südost- und Südwestasien und nach Zentralamerika (Angola, Äthiopien, Jemen, Mosambik, Afghanistan u.a.) begann.

5. Die Erweiterung des sowjetischen Einflußbereichs wurde vom steigenden Wachstum der Militärmacht der Sowjetunion begleitet. Im Ergebnis schien sie imstande, an der Wende der achtziger Jahre die Forderung nach der „militär-strategischen Parität zwischen den Kräften des Imperialismus und des Sozialismus" zu erheben, in Wirklichkeit zwischen der UdSSR einerseits und den USA, England, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Japan, Kanada und China andererseits. Die Schaffung dieser riesigen Militärmacht durch die sowjetische Führung wird im Westen in Zusammenhang mit den Interessen der Fortsetzung der „globalen Expansion" der Sowjetunion gestellt.

6. Wie die westlichen Politiker unterstreichen, verheimlicht die sowjetische Führung ihre Ziele auf der internationalen Bühne nicht. Davon zeugt die vor einiger Zeit gebrauchte Losung „Wir begraben euch". Später wurde in den offiziellen sowjetischen Erklärungen und Programmen ständig das Streben hervorgehoben, das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus (tatsächlich der UdSSR) zum Schaden des Kapitalismus (der Westmächte) zu verändern. Es wurde behauptet, diese Veränderung wäre schon angebrochen. Offen wurde die Aufgabe formuliert, den Einfluß des realen Sozialismus (der UdSSR) auf das Weltgeschehen zu stärken.

Gemäß dieser Bewertung der Absichten und der Handlungen der sowjetischen Führung, betrachten die USA und ihre Verbündeten alle Ereignisse und Geschehnisse im internationalen Leben und fortschrittliche soziale Prozesse in der Binnenentwicklung einzelner Länder fast ausschließlich durch die Brille des Zweikampfes mit der Sowjetunion. Zweifellos erschwert das die Tätigkeit der fortschrittlichen Kräfte, Parteien und Organisationen in der Zone des Kapitalismus und den Entwicklungsländern, indem sie massierten Repressalien und unnötigem „Feuer" ausgesetzt werden. Es erweist sich, daß die Kehrseite der engen „Eingebundenheit" der Sowjetunion in die antiimperialistische Bewegung die Möglichkeiten der sozialen und nationalen Befreiungsprozesse beschränkt und ferner das sowjetische Wirtschaftspotential gefährlich untergräbt. In Wirklichkeit leiden darunter die Interessen des Sozialismus. So ist die bizarre Logik der Geschichte.

Es ist interessant zu klären, in welcher Korrelation die „reflektierende Rückwirkung" und die Detante in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und - in einem breiteren Kontext - zwischen dem Westen und dem Osten stehen. Bedeutet die Entstehung der Entspannung an der Wende der siebziger Jahre eine Negierung der „reflektierenden Rückwirkung" als einer bestimmten Gesetzmäßigkeit des internationalen Lebens? Aus meiner Sicht wäre das eine falsche Schlußfolgerung.

Die Entstehung der Entspannung wurde von einer Reihe objektiver Gründe und Kalkulationen westlicher Politiker im Sinne der Übertragung der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in eine andere Sphäre bedingt. Einerseits überwanden die Hauptmächte des Kapitalismus die Nachkriegsschwierigkeiten und stabilisierten ihre wirtschaftliche und soziale Lage. Mit den USA, Westeuropa und Japan entstanden drei mächtige Kraftzentren des Kapitalismus. Andererseits verlor die Welt des Sozialismus ihren monozentrischen Charakter infolge der Spaltung zwischen China und der UdSSR, einer beträchtlichen Differenzierung der Positionen der sozialistischen Länder und der Zunahme der Gegensätze zwischen ihnen. Nach der Einschätzung des Westens gelang es der Sowjetunion nicht, in den fünfziger und sechziger Jahren wichtige Aufmarschgebiete und Stützpunkte in der „Dritten Welt" zur Ausdehnung ihres Einflusses zu schaffen.

Alle diese Prozesse verliefen, als es der Sowjetunion gelang, wenn nicht das Gleichgewicht an nuklearen Waffen mit den USA herzustellen, so doch ein strategisches Nuklearpotential zu erreichen, das einen globalen nuklearen Konflikt für die USA unannehmbar machte. In dieser Lage richteten westliche Politiker selbstverständlich ihre Blicke auf friedliche Mittel der Erreichung antisowjetischer politischer Ziele, insbesondere durch die Förderung der zentrifugalen Kräfte in der sozialistischen Welt. Im Erfolgsfalle könnte das dem Westen eine weitere Schwächung der internationalen Position der UdSSR und die Einengung ihres Einflußbereiches verheißen. Zur Durchführung dieser Politik waren erforderlich: die Abkehr vom Kalten Krieg, die Beseitigung der Schärfe in den Beziehungen zur Sowjetunion, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit ihr, das Aushandeln von Kompromißvereinbarungen in einem breiten Problemspektrum. Das entsprach auch den sowjetischen Interessen. So begann die Entspannung seit Anfang der siebziger Jahre an Stärke zuzunehmen. Sie erreichte ihren Höhepunkt auf dem KSZE-Gipfel in Helsinki, begann dann zu sinken und wechselte Anfang der achtziger Jahre in einen Zustand der äußersten Spannung in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen.

Offensichtlich war die Fortdauer der Detente für die USA und ihre Verbündeten nur dann akzeptabel, wenn die Sowjetunion bereit wäre, den territorial-politischen und militär-strategischen Status quo, wie er sich zu Anfang der siebziger Jahre herausgebildet hatte, zu bewahren und einzuhalten. Das passierte jedoch nicht. In westlichen Vorstellungen nutzte die sowjetische Führung aktiv die Entspannung zur Steigerung ihrer Militärmacht, um die nuklear-strategische Parität gegenüber den USA und anderen Mächten zu erreichen. Zweitens nutzte sie die vom „Vietnam-Syndrom" verursachte „außenpolitische Lähmung" der USA, um ihren Einfluß in Afrika, im Nahen Osten und anderen Regionen zu erweitern. So kam der Westen zum Schluß, daß die sowjetische Führung nicht auf ihre Expansionspläne verzichtete. Das bahnte den Weg zur Macht für extrem konservative Kreisen in den USA und anderen Ländern der NATO, die das Steuerrad der Politik schroff auf Konfrontation drehten.

Für die Sowjetunion ergab die Entspannung seltene Chancen:

1. Ihr Streben zu demonstrieren, die Auseinandersetzung mit dem Westen bis zu einem minimalen Niveau zu senken und damit den Prozeß der Stärkung der Kräfte der „Gegenkoalition" zu verhindern.

2. Die ganze Energie und die Ressourcen auf die Lösung der inneren Aufgaben der sozio-ökonomischen Stärkung des Landes zu richten, die Wirtschaft auf den Weg intensiver Entwicklung umzuleiten, wodurch auch die Intensität der „reflektierenden Rückwirkung" sinken und die „Gegenkoalition" geschwächt werden sollte.

3. Das Hinterland zu festigen, das ganze System der Beziehungen und der Zusammenarbeit innerhalb des RGW und des WP auf der Grundlage der sozialistischen Partnerschaft zu stärken.

4. Neue Wege und Formen der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen zu suchen, die die Entspannung nicht beeinträchtigen konnten.

Leider wurden diese Chancen verpaßt, und die Sowjetunion geriet unter einen nie dagewesenen Ansturm des Imperialismus. Diese Wende in der Politik wird in den fünf Jahren 1981-1986 (im Vergleich nur mit den Militärausgaben der USA) 1,5 Trillionen Dollar, wenn nicht mehr, kosten. Sie rief ein gefährliches Wachstum der militärischen Spannung hervor.

Die geschichtliche Erfahrung zeugt davon, daß ein Wendepunkt in der Auseinandersetzung in dem Moment eintritt, wenn ein weiterer Wandel im Verhältnis der politischen und militär-strategischen Kräfte für die „Gegenkoalition" vollkommen unakzeptabel wird und sie zu entschlossenen Gegenmaßnahmen übergeht, ohne vor extremen Maßnahmen zurückzuschrecken. Vor dem Zweiten Weltkrieg begann dieses kritische Moment mit der Eroberung der Tschechoslowakei durch Deutschland. Es wurde klar, daß Hitler entschlossen war, das europäische Kräfteverhältnis zu sprengen und dann gegen seine Hauptgegner im Westen und Osten Europas ins Feld zu ziehen. Deshalb wurde sein nächster Schritt - der Angriff gegen Polen - von den Westmächten durch die Kriegserklärung beantwortet. Hätte Hitler im September 1939 Polen angegriffen, wenn er gewußt hätte, daß sich gegen ihn fast die ganze Welt zusammenschließt? Kaum hätte er dann riskiert, den Weltkrieg zu entfesseln. Formell hat er ihn auch nicht begonnen. *Er provozierte ihn durch seine Handlungen*, die seinem allgemeinen Konzept der Herstellung der Dominanz über Europa entsprangen.

Wir sehen also: Ein kritischer Wandel im Kräfteverhältnis kann ein solches Glühen der Spannung hervorrufen, daß jedes unvorsichtige Handeln (Sarajewo, Danzig) imstande ist, eine nicht „adäquate" Reaktion hervorzurufen und zum Krieg zu führen.

Aus der Sicht des Westens erreichte die Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre in der Nachkriegsperiode kritische Grenzen mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan. In früheren Zeiten konnte das allein für die „Gegenkoalition" als Anlaß zur Entfesselung des Krieges dienen. Aber die Gefahr der gegenseitigen Vernichtung erlaubte es dem Westen nicht, auf einen frontalen Zusammenstoß mit der Sowjetunion einzugehen. Unter Bedingungen, die den nuklearen Krieg nicht als rationelles Mittel der Erreichung politischer Ziele erscheinen lassen, wandte die „Gegenkoalition" „Ersatzmittel" des Druckes an. Davon sind die masssierte Hochrüstung, die maximale Aushöhlung der sowjetischen Wirtschaft, das Setzen auf die militär-technologische Überlegenheit und die Vereinigung der geistigen und materiellen Ressourcen der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion die wichtigsten.

Die gegenwärtige Politik der USA und ihrer Verbündeten kann mit dem Begriff der „überschüssigen Rückwirkung" gekennzeichnet werden. Das bedeutet, daß die Welt in eine äußert gefährliche, krisenhafte Periode eintrat, die zu einem neuen Weltkrieg führen kann. Die Hoffnungen auf die nukleare Abschreckung und eine garantierte nukleare Vernichtung als Faktor der Eindämmung des Krieges können sich als fatale Illusion erweisen.

Die Offenbarung der „Rückwirkung" versetzte die Sowjetunion in eine überaus schwierige Lage. Gegen sie vereinigten sich praktisch alle Großmächte der Welt, außer Indien. Ihrem mehrfach überlegenen Potential zu widerstehen, übertrifft gefährlich die Möglichkeiten der Sowjetunion.

Die Suche nach Wegen der Schwächung des „überschüssigen" Drucks der „Gegenkoalition" auf die Sowjetunion stellt heute wohl eine der zentralen Aufgaben der sowjetischen Außenpolitik dar. Es ist vollkommen klar, daß diese Aufgabe nur durch eine allmähliche Selbstbeschränkung und durch vorsichtiges Agieren der Sowjetunion auf der internationalen Bühne erfüllt werden kann.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Sowjetunion nicht Garant und Beschützer der revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen sein. Das ist eine nicht durchhaltbare Mission. Außerdem besteht dafür keine Notwendigkeit. Heute ist die Lage anders als 1945-1950. Der Sozialismus verwandelte sich in einen Faktor der Stärke, die Prozesse der sozialen Erneuerung nahmen einen unumkehrbaren Charakter an. Vom Standpunkt der Erhaltung und der Stärkung des Friedens und der weiteren Entwicklung des Weltsozialismus ist es notwendig und lebenswichtig, den Schwerpunkt des sozialen Kampfes aus der Sphäre der Beziehungen zwischen der UdSSR und dem Westen in die Sphäre der inneren sozialpolitischen Entwicklung der kapitalistischen Länder und der Staaten der „Dritten Welt" zu verlegen. Der erste Schritt in diese Richtung wurde in der politischen Deklaration der Warschauer-Pakt-Staaten vom 5. Januar 1983 gemacht, wo ihr Streben hervorgehoben wurde, in der Außenpolitik ideologische Fragen von Problemen der zwischenstaatlichen Beziehungen strikt zu trennen. Die Zeit ist angebrochen - und es wäre gefährlich, sie zu verpassen -, diese Schlußfolgerung auf den kritischen Bereich der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen zu übertragen, wo außenpolitische Gegensätze und Konflikte bedrohlich zunehmen - auf die Sphäre ihrer Engagements in die inneren sozialen und nationalen Prozesse in der „Dritten Welt" und den

entwickelten kapitalistischen Ländern. Natürlich wird das nicht leicht sein, nachdem die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den westlichen Mächten so weit gekommen ist. Dennoch ist Bewegung in diese Richtung noch möglich. Dafür ist eine wesentliche Revision der Orientierungspunkte unseres Handelns auf der internationalen Bühne notwendig, in der kommunistischen wie nationalen Bewegung, und dessen überzeugende Demonstration in der Praxis (nach einer soliden theoretischen Begründung und der Erläuterung für unsere Freunde im Ausland). Nationale Bestandteile dieser Bewegungen sollen sich unter den Verhältnissen der nuklearen Gefahr mehr auf ihre eigenen Kräfte verlassen, als auf die militärische Hilfe der Sowjetunion. Dabei müssen die Besonderheiten der sozio-politischen und wirtschaftlichen Lage in jedem Lande in Betracht gezogen werden. Nur in diesem Fall können die Voraussetzungen entstehen für die Schwächung der Intensität der für die Sowjetunion und die internationale Stabilität verderblichen „Rückwirkung" und für eine radikale Wandlung der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen. Im Hinblick auf die Erfahrungen der Vergangenheit ist das in der gegenwärtigen Situation die einzige Möglichkeit, die Prozesse aufzuhalten und zu neutralisieren, die, wenn sie außer Kontrolle geraten, unabwendbar zu einem nuklearen Krieg führen. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Solch ein Wandel unserer Politik setzt durchaus keinen „sozialistischen Isolationismus" in nationalem Rahmen voraus. Gerade umgekehrt erweitert er den Boden für internationales Zusammenwirken, gegenseitigen Einfluß und gegensetige Bereicherung in der politischen, wirtschaftlichen, theoretischen, wissenschaftlichen und kulturellen Sphäre. Die sozialistische Solidarität wird einen reicheren, natürlichen und harmonischen Charakter annehmen.

Was die Westmächte betrifft, so werden sie notgedrungen von der Konfrontation mit der Sowjetunion abkehren und ihre Politik in der „Dritten Welt" unter der Gefahr ihrer Diskreditierung ändern (wie das zur Zeit in Libanon, in Zentralamerika usw. der Fall ist). Das wird zwischenimperialistische Gegensätze freisetzen und zum Zerfall der „Gegenkoalition" führen. Davon kann der Sozialismus profitieren.

Im Laufe unseres Zeitalters blieben Charakter und Inhalt des Kampfes um sozialistische Werte nicht unverändert. Sie änderten sich wesentlich im Zusammenhang mit den vorhandenen Verhältnissen in einzelnen Ländern und im internationalen Rahmen sowie mit dem sozialen und technologischen Fortschritt der Menschheit. Vor 1917 wurde dieser Kampf hauptsächlich *auf nationaler Ebene* geführt. In der Zwischenkriegszeit wurde sein Charakter im großen und ganzen erhalten, obwohl die Sowjetunion sich aktiver und massiver auf der internationalen Bühne zur Unterstützung der kommunistischen Bewegung in den Ländern des anderen sozialen Systems einsetzte (chinesische Revolution, spanische Republik usw.). Nach 1945 wuchs diese Rolle der Sowjetunion stark. Das versetzte sie im Ergebnis in die Lage der schärfsten Konfrontation mit den Hauptkräften des Westens. Die Verlegung des Schwergewichts des Klassenkampfes auf die internationale Bühne hatte schwerwiegende Konsequenzen: Ausschlaggebend wurde die Sphäre der militärischen Konfrontation und des militärischen Zweikampfes. Nukleare Waffen gaben dieser Auseinandersetzung außerordentlich gefährlichen, risikoreichen Charakter.

Deshalb muß der Kampf für den Sozialismus gegenwärtig mit neuem Sinn und Inhalt gefüllt werden. Zu seiner prioritären Aufgabe wurde die Rettung der Menschheit vor der nuklearen Vernichtung. Es handelt sich um die Existenz jedes einzelnen von uns, unserer Kinder und Enkelkinder, um Leben und Tod der gegenwärtigen Generation, um das Schicksal der künftigen Generationen. Es kommt darauf an, den Klassenkampf auf der internationalen Bühne aus der Sphäre der nuklearen Konfrontation herauszuführen. Heute klingen die Worte von Lenin besonders aktuell: „Vom Standpunkt der Grundideen des Marxismus aus stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung über den Interessen des Proletariats."[8]

Neue Aufgaben des Klassenkampfes im nuklearen Zeitalter erfordern auch radikal neue Wege und Methoden ihrer Realisierung. Vorwiegend gegeneinander gerichtete Gewaltmethoden - das ist keine Lösung der Frage. Sie stoßen die Menschheit immer mehr zum Abgrund des nuklearen Krieges. Die elementare Logik besagt außerdem: Die Größe des wirtschaftlichen und technologischen Potentials der Sowjetunion im Vergleich zum Potential der anderen Seite erlaubt ihr nicht, die Lasten des Zermürbungskrieges zu ertragen.

---

8 Ebd., Bd. 4, S. 220

Es ist auch offenbar, daß es nicht möglich ist, *das Problem der Zügelung des Rüstungswettlaufs und der Minderung der Kriegsgefahr nur durch Verhandlungen im militärischen Bereich, ohne grundlegende Umgestaltung der politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und dem Westen zu lösen*. Es handelt sich letztlich nicht darum, über welche Quantität und Qualität der Waffen eine Seite verfügt, sondern darum, inwieweit ein politischer modus vivendi zwischen der Sowjetunion und den Westmächten möglich ist. Gerade hier, in der politischen Sphäre, liegt der Schlüssel zur Lösung des Rätsels der Abrüstung und der Reduzierung der Kriegsgefahr. Von dieser Sphäre hängt auch die weitere Entwicklung der Intensität der „reflektierenden Rückwirkung" ab, die Geschlossenheit und die Stärke oder die Schwäche und die innere Uneinigkeit der „Gegenkoalition", die der Sowjetunion widersteht.

Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Minderung der politischen Gegensätze zwischen der Sowjetunion und dem Westen könnte eine gegenseitige vertragliche Anerkennung des Prinzips sein, demgemäß der soziale Fortschritt, die Wahl der sozio-politischen Ordnung und der Wege der sozio-ökonomischen Entwicklung *ausschließlich auf dem nationalen Boden*, im Rahmen einzelner Staaten, *ohne fremde Einmischung* vonstatten gehen müssen. Freilich hat dieser Grundsatz in einer Reihe von offiziellen Dokumenten seinen Niederschlag gefunden. Aber in der Praxis wird er nicht eingehalten und es kommt darauf an, ihn wirklich zu einer Verhaltensnorm auf der internationalen Bühne zu machen, damit er eine praktische Realisierung in der Außenpolitik findet. Offensichtlich können wir ohne große Zugeständnisse und ohne Änderung unserer konzeptionellen außenpolitischen Zielsetzungen nicht auskommen. Wenn die Offensive zu weit vorangeschritten ist und eine gefährliche Situation geschaffen hat, - so Lenin, - muß man verstehen, sich auch zurückzuziehen.

Es ist auch erforderlich, eine Reihe von theoretischen Prinzipien neu zu formulieren, besonders unter dem Blickwinkel der Füllung der Grundsätze des Internationalismus mit neuem Inhalt, der Ausarbeitung der Grundlagen der sozialistischen Partnerschaft als Eckstein der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern in der gegenwärtigen Lage. Nicht minder wichtig ist eine psychologische Umstellung, die Fähigkeit, Vorstellungen über den Charakter und die Aufgaben des Klassenkampfes, über die Forderungen nach der Einheit zu ändern. Diese alten Vorstellungen waren richtig und angebracht für die zweite Hälfte des 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, verloren aber ihre Bedeutung und müssen ihren Inhalt in unserer Zeit volkommen wandeln.

Wenn es gelingt, das Schwergewicht des Klassenkampfes auf die nationale Ebene zu verlegen, wird das riesige innere Kräfte des sozialen Fortschritts entfesseln. Für konservative Kreise des Westens wird es schwer sein, sie zu bekämpfen. Es muß berücksichtigt werden, daß die Gesellschaft selbst in den führenden kapitalistischen Ländern schon lange für den Übergang zum Sozialismus reif ist, sogar in größerem Maße als jedes Entwicklungsland. Die Schwächung der Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Westen, das Verschwinden der These über die „sowjetische Gefahr" von der Tagesordnung kann den Vormarsch der gesellschaftlichen Kräfte der westlichen Länder zum Sozialismus wesentlich beschleunigen.

Und zum Schluß: Die Rückverlegung des Schwergewichts des Klassenkampfes auf den nationalen Boden würde es ermöglichen, sich auf die Realisierung der grundlegenden Idee von Lenin zu konzentrieren, derzufolge die Sowjetunion ihren Einfluß auf die revolutionäre Bewegung, auf den sozialen Fortschritt in der Welt vor allem durch ihre Erfolge im sozialen und wirtschaftlichen Bereich geltend machen soll.

10. Januar 1983 Prof. W. I. Daschitschew